

Die israelische Demokratie unter Druck

Wie demokratische Prinzipien durch nationalpopulistische Gesetzesvorschläge untergraben werden

EDITORIAL

Häufig und gerne spricht der israelische Ministerpräsident Netanyahu von Israel als der einzigen Demokratie im Nahen Osten. Allerdings gehört zu der demokratischen Selbstdefinition unbedingt auch die jüdische. Israel ist zwar eine pluralistische Demokratie, aber kein wirklich säkularer Staat. So gibt es beispielweise keine Zivilehe, sondern eine gültige Heirat kann nur im Kontext der jeweiligen Religion geschlossen werden.

Die jüdische Religion ist eng mit dem Staatsverständnis verflochten, und das schafft schon innerhalb der jüdischen Bevölkerung Probleme. Welten trennen säkulare von orthodoxen und „ultraorthodoxen“ Juden. Für den nichtjüdischen Teil der Gesellschaft, der immerhin ca. 20% ausmacht, führt es zum Teil zu existenziellen Problemen.

Angesichts der prekären Sicherheitslage Israels lässt sich mit radikalen Äußerungen gut Stimmung machen. So sorgen in der aktuellen Knesset einzelne Mitglieder immer wieder für Aufsehen und heizen mit einer Flut zweifelhafter Gesetzesvorschläge die Stimmung auf. Meist richten sich diese gegen die arabische Minderheit und stellen unverblümt demokratische Grundrechte infrage. Eine gefährliche Entwicklung – die meisten dieser Gesetzesinitiativen passieren zwar das Gesetzgebungsverfahren nicht, sie tragen aber weiter zur Spaltung der Gesellschaft bei und bedrohen ihr demokratisches Fundament. 64 Jahre alt ist die israelische Demokratie mittlerweile, doch die demokratische Identität der israelischen Gesellschaft bedarf weiterhin der Achtsamkeit und Pflege. *Karin Hammer*



Anhänger fundamentalistischer Strömungen haben wenig Interesse an den demokratischen Grundprinzipien des Staates. Doch es gibt auch Gegenwehr. Hier protestieren israelische Bürger im Juli 2011 gegen das Boykottgesetz, das den Aufruf zu Boykotten unter Strafe stellt. Verhindert werden sollen in erster Linie Boykotte, die sich gegen die Besetzung der palästinensischen Gebiete richten.

Foto: Oren Ziv/Activestills

Aviv Melamud

Der israelische Staat befindet sich in einem langwierigen Konflikt, dessen Anfänge noch vor seiner Gründung liegen. Die Besetzung der West Bank und des Gaza-Streifens nach 1967 haben ihn noch weiter verschärft. Die festgefahrenen Friedensverhandlungen und die andauernde Besetzung rufen weltweit viel Kritik hervor und in Israel herrscht große Besorgnis über seine internationale Delegitimierung und wachsende Isolierung. Der „arabische Frühling“ gibt ebenfalls einigen Anlass zur Sorge, weil er Instabilität und Ungewissheit in den Nachbarstaaten mit sich bringt. Angesichts dieser schwierigen Lage und einer tiefen Spaltung der israelischen Gesellschaft, sollte die israelische Demokratie (die stolz „die einzige Demokratie im Nahen Osten“

genannt wird) nicht für selbstverständlich gehalten werden.

Etliche fragwürdige und radikale Gesetzesvorschläge überschwemmten in jüngster Zeit das israelische Parlament (Knesset) und lösten eine Debatte über eine potenzielle Gefährdung der israelischen Demokratie aus. Die Gesetzesvorschläge gleichen mitunter einem gefährlichen Angriff auf demokratische Grundrechte und offenbaren einen verächtlichen Umgang mit jeglicher Kritik. Somit gefährden sie eine fundamentale Voraussetzung für die israelische Demokratie: die kritische und freie Meinungsbildung und -äußerung. Zudem weisen diese Gesetzesvorschläge eine unverhohlene Intoleranz gegenüber arabischen Israelis auf und gefährden deren Bürgerrechte. Befürworter dieser vorgeschlagenen Gesetze argumentieren mit der Notwendigkeit, Israel und seine Bedeutung als Heimat des jüdischen Volkes

schützen zu müssen. De facto tritt aber das Gegenteil ein: Die israelische Gesellschaft und ihr demokratisches Fundament nehmen Schaden.

Israel wird als jüdischer demokratischer Staat definiert: eine Demokratie, die Heimat des jüdischen Volkes ist. Diese Definition beinhaltet einen inhärenten Konflikt zwischen den beiden grundlegenden Prinzipien – jüdisch *und* demokratisch. Der Konflikt verschärft sich durch die Existenz einer beträchtlichen palästinensisch-arabischen Minderheit¹, die den jüdischen Aspekt der staatlichen Selbstdefinition ablehnt. Diese Minderheit wird von vielen jüdischen Israelis sehr argwöhnisch betrachtet. Ihre Bürgerrechte sind fragil und bedroht und sie zahlt den höchsten Preis für diesen inhärenten Definitionskonflikt.

Ein großer Teil der arabischen Israelis unterstützt das (oft) gewaltsame Vorgehen arabisch-israelischer Gruppierungen gegen Israel. Das stellt den israelischen Staat vor große Herausforderungen. Nichtsdestotrotz ist Israel ein Rechtsstaat, der freie Wahlen, freie Meinungsäußerung und die Versammlungsfreiheit aller Bürger garantiert – einschließlich der Araber. Er toleriert den politischen Kampf der arabischen Israelis für gleiche Rechte; ein Kampf, der zeigt, dass noch keine volle Gleichberechtigung aller Staatsbürger herrscht und dass die Gleichstellung und Integration der arabischen Israelis weiter vorangetrieben werden muss.²

Während einige Experten im letzten Jahrzehnt in der israelischen Politik eine ideologische Konvergenz zur Mitte hin beschrieben haben (einschließlich einer wachsenden Zustimmung zur Zwei-Staaten-Lösung in den rechtsgerichteten Parteien), scheint der Konflikt auch radikalere Ansätze gefördert zu haben, die negative Auswirkungen auf die Innenpolitik bzw. die politische Kultur haben. Angesichts eines beispiellosen Anstieges der Zahl an Gesetzesvorschlägen, die demokratische Freiräume einzuschränken suchen, tauchen in der israelischen Presse und im öffentlichen Diskurs in jüngerer Zeit immer häufiger Warnungen vor dem Verfall der israelischen Demokratie auf. Die derzeit amtierende Knesset, in der dieser Anstieg fragwürdiger Gesetzesvorschläge stattfindet, gilt als die bisher radikalste und intoleranteste. Gesetzesvorschläge ähnlicher Gesinnung gab es zwar auch in früheren Zeiten, inzwischen sind sie jedoch zu einer „Lawine“

angeschwellen, welche die demokratischen Werte zu überrollen droht.

Im Folgenden werden mehrere Beispiele solcher Gesetzesvorschläge vorgestellt und deren Gefahr für demokratische Werte im Lichte des israelischen gesellschaftspolitischen Kontextes diskutiert. Die beispielhaft ausgewählten Gesetzesentwürfe verfolgen zwei äußerst problematische Ziele: Sie beschneiden, erstens, die Rechte arabischer Israelis und unterdrücken, zweitens, Kritik an der Regierung und ihrer Politik. Diese beiden Aspekte verdienen besondere Aufmerksamkeit, da sie zentrale Bestandteile des israelischen Alltags sind: Die Sicherheitslage des Landes beeinträchtigt Israels Fähigkeit und Bereitschaft, seine palästinensisch-arabischen Bürger tatsächlich demokratisch zu integrieren und zehrt an seiner Kapazität, Kritik an seiner Politik zu tolerieren. Doch die Beeinträchtigung von Gleichberechtigung und freier Meinungsäußerung ist besonders gefährlich, da ohne sie jede Demokratie grundlegend beschädigt wird.

Mehrheit/Minderheit – Eine komplexe Beziehung

Gesetzesvorschläge, die in erster Linie arabische Israelis betreffen, haben besonders in den letzten Jahren das empfindliche Gleichgewicht in den arabisch-jüdischen Beziehungen in Israel schwer belastet. Sie sind nicht nur eine Gefahr für Minderheitenrechte, sondern auch für das Zusammenleben aller in Israel lebenden Gruppen. Der Schutz von Minderheitenrechten ist ein zentrales Prinzip der Demokratie; das Recht auf Gleichheit und das Recht, die eigene Identität zu bewahren, sind demokratische Grundrechte. In seiner Unabhängigkeitserklärung hat sich Israel verpflichtet „all seinen Bürgern ohne Unterschied von Religion, Rasse und Geschlecht, soziale und politische Gleichberechtigung (...) Glaubens- und Gewissensfreiheit, Freiheit der Sprache, Erziehung und Kultur“ zu gewähren. Nichtsdestotrotz ist heute die Kluft zwischen Juden und Arabern in Israel so groß wie eh und je.

Das letzte Jahrzehnt hat für besonders viel Zündstoff gesorgt. Die Ereignisse im Oktober 2000, als zwölf arabische Israelis bei gewalttätigen Massendemonstrationen zu Beginn der zweiten Intifada von Sicher-

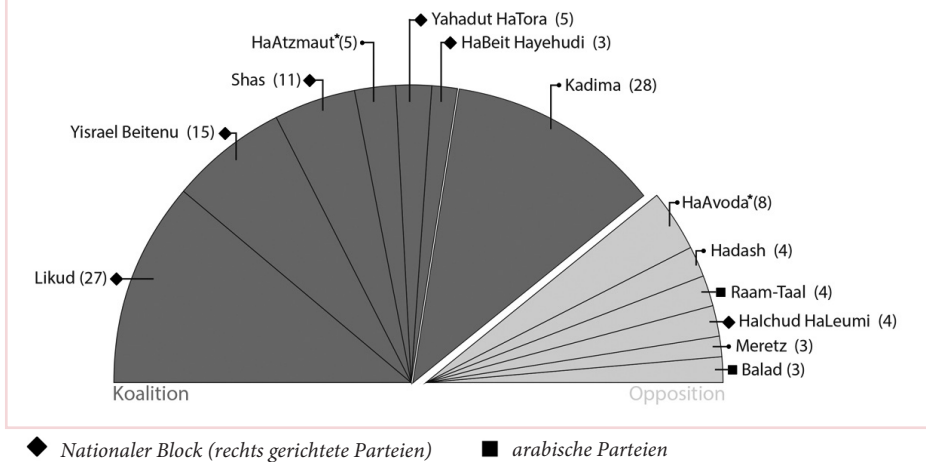
heitskräften getötet wurden, markieren einen Wendepunkt in den Beziehungen zwischen arabischen und jüdischen Israelis³. Die Or-Kommission, die berufen wurde, um die Ereignisse zu untersuchen, erklärte in ihrem Abschlussbericht, dass das Versagen des Staates im Umgang mit den Problemen der arabischen Minderheit entscheidend zu den gewalttätigen Aufständen beigetragen habe. Die tiefsitzende Diskriminierung sei zwar der jüdischen Öffentlichkeit nur unzureichend bewusst, nehme aber in der Wahrnehmung der Araber eine zentrale Rolle ein. Der Bericht kritisierte vehement sowohl die Demagogie arabisch-israelischer Führer als auch die Sicherheitskräfte mit ihrem lockeren Finger am Abzug. Nach über zehn Jahren wurden die Untersuchungen abgeschlossen, eine Anklage wurde nicht erhoben. Keine der im Bericht der Or-Kommission geforderten Verbesserungen wurde erfüllt.

Die arabisch-jüdischen Beziehungen in Israel erreichten nach diesen Ereignissen einen neuen Tiefpunkt. Die Araber machten geltend, dass jüdische Demonstranten niemals derart aggressiv behandelt worden wären, wohingegen das schockierende Ausmaß der Gewalt während der Proteste für viele Juden arabische Illoyalität offenbarte. Infolge der Ereignisse im Jahr 2000 veröffentlichten führende arabisch-israelische Organisationen 2007 vier Dokumente, in denen eine Vision für Palästinenser in Israel ausführlich beschrieben wird. Diese Dokumente, von denen eines den israelischen Staat als Folge des Kolonialismus beschreibt, weisen alle die Forderung nach einer Neudefinition Israels von einem *jüdischen* zu einem *demokratischen* Staat auf. Diese Forderung, unumgänglich für Araber, ist für viele Juden undenkbar und wird als existenzielle Bedrohung empfunden, da für sie das Judentum der wichtigste Bestandteil der staatlichen Identität Israels ist.

Die Verknüpfung zwischen Loyalität und Staatsbürgerschaft

Die nationalkonservative Partei *Yisrael Beitenu* („Israel unsere Heimat“), angeführt von Außenminister Avigdor Lieberman, hat seit ihrer Gründung im Jahr 1999 kontinuierlich an Stimmen gewonnen. Der Wahlkampf 2009, der ihr beachtliche 15 von ins-

Die Sitzverteilung in der aktuellen Knesset (Juni 2012)



* HaAvoda war ursprünglich Teil der Koalition mit 13 Sitzen. Die neu gegründete HaAtzmaut-Splitterpartei (Januar 2011), von Barak geleitet, hat sich von HaAvoda abgespalten (jetzt von Yechimovich geleitet). HaAvoda wechselte mit acht Sitzen in die Opposition nach der Spaltung, während HaAtzmaut mit fünf Sitzen in der Koalition blieb.

gesamt 120 Mandaten einbrachte, warb mit dem Slogan „Keine Staatsbürgerschaft ohne Loyalität“. Yisrael Beiteinus Klientel umfasst hauptsächlich jüdische Einwanderer aus der ehemaligen Sowjetunion und säkulare nationalkonservative Wähler. Diese Partei führt den harten Kurs gegenüber arabischen Israelis an und im Sinne ihrer „Loyalitätskampagne“ sind in den letzten Jahren mehrere „Loyalitätsgesetze“ eingebracht worden.

Ein Änderungsantrag für das Staatsbürgerschaftsgesetz (Oktober 2010) sah vor, alle Nicht-Juden beim Erhalt der israelischen Staatsbürgerschaft dazu zu verpflichten, ausdrücklich ihre Loyalität gegenüber Israel als einem jüdischen, zionistischen und demokratischen Staat zu bekunden (die derzeitige Staatsbürgerschaftserklärung lautet: „Ich erkläre hiermit, dass ich ein loyaler Bürger des Staates Israel sein werde“). Die prekäre Situation der arabischen Staatsbürgerschaft in Israel macht solch einen Antrag explosiv, und es folgten auf dem Fuße harsche Reaktionen von arabischen und linksgerichteten Mitgliedern der Knesset (MK). Aufgrund der Kritik soll der Antrag nun dahin gehend geändert werden, dass dieselben Voraussetzungen für jüdische Antragsteller gelten sollen (wogegen sich wiederum religiöse jüdische Parteien wenden). Mehrere andere „Loyalitätsgesetze“ sind vorgeschlagen worden, einschließlich eines Gesetzesentwurfs, der eine Loyalitätserklärung an Israel als einen jüdischen, zionistischen und demokratischen Staat von den Mitgliedern der Knesset (MKs) verlangt, sowie einer, der eine Loyalitätser-

klärung einfordert, wenn staatliche Dokumente (Personalausweis, Führerschein, Pass oder Ähnliches) beantragt werden.

Können „Demokratie“ und „jüdisch“ nebeneinander bestehen?

Die arabischen Israelis gelten manchen als eine Art Fünfte Kolonne und ihre Loyalität zum Staat Israel wird oft infrage gestellt. Ihre Forderungen, den jüdischen Teil der Selbstdefinition Israels abzuschaffen, steigern diese Sorge und führen zu Exklusionsstrategien, die wiederum die arabische Opposition gegen den jüdischen Charakter des Staates verstärken. Versuche, den jüdischen Charakter des Staates gesetzlich zu verankern, sind sowohl Ursache als auch Wirkung dieser Angstspirale.

Es gibt weder eine Präzisierung von Israels Definition als jüdischem Staat, noch gibt es eine Verfassung, auf die man sich berufen könnte, um zu klären, was einen jüdischen Staat ausmacht. Ein kürzlich erarbeiteter Grundgesetzvorschlag, der dem Ministerat noch nicht zur Abstimmung vorgelegt worden ist, erklärt, dass Israels Demokratie der Definition als „die nationale Heimat des jüdischen Volkes“ (August 2011) untergeordnet ist – und verleiht damit im empfindlichen Gleichgewicht zwischen jüdisch und demokratisch dem jüdischen Anteil Vorrang. Der Vorschlag betrifft auch das kontroverse Thema der Amtssprache(n),

Die israelische Regierung – 2012

Der Staat Israel ist eine parlamentarische Demokratie und die Israelis wählen alle vier Jahre die Knesset (die Legislative). Nach den Wahlen wird die Regierung (die Exekutive) als Koalition vom Führer der Partei zusammengesetzt, welche die größten Erfolgsaussichten für eine Koalitionsbildung hat (nicht notwendigerweise die Partei mit den meisten Sitzen in der Knesset).

Im vergangenen Jahrzehnt hat die israelische Linke viel an Unterstützung verloren, was als „Zerfall der Linken“ bezeichnet worden ist. Die Wahlen 2003 zeigten eine massive Verschiebung hin zur Rechten, was 2006 etwas durch die neu gefundene Mitte ausgeglichen wurde (unter der neu gegründeten Partei Kadima). Doch die Wahlen von 2009 wiesen einen deutlichen Machtzuwachs des rechtsgerichteten Blocks aus. Dieser Block erreichte 65 (von 120) Sitzen in der Knesset.

Die Regierung von Premierminister Netanyahu ist mittlerweile in ihrem dritten Jahr an der Macht und genießt aktuell große Unterstützung und große Stabilität, besonders jetzt in dieser größten Koalition, die es je gegeben hat. Letzten Sommer erschien eine solche Unterstützung noch undenkbar, da Tausende Israelis auf die Straße gingen, um gegen hohe Lebenshaltungskosten zu protestieren und soziale Gerechtigkeit zu fordern. Anfang Herbst schienen sich die Proteste abgeschwächt zu haben. Der gefürchtete Monat September verging, ohne dass die vorhergesagten Gewaltausbrüche (die nach dem palästinensischen Antrag auf eine VN-Vollmitgliedschaft erwartet wurden) eingetreten wären. Netanyahus Zustimmung zur Absprache mit der Hamas über die Freilassung des entführten Soldaten Gilad Shalit (Oktober 2011) stärkte ebenfalls die öffentliche Unterstützung für ihn. Zu Beginn des kommenden Sommers sollen die sozialen Proteste wieder aufgenommen werden. Zugleich ist völlig unklar, in welche Richtung sich die Knesset nun bewegen wird.

da er Hebräisch als einzige offizielle Landessprache anerkennt, während dem Arabischen nur ein Sonderstatus zuerkannt wird. Obwohl Israel kein binationaler Staat ist, gilt Arabisch gemeinhin als zweite Amtssprache.⁴

Ein ähnlich provokanter Gesetzesvorschlag sollte die Benutzung von öffentlichen Lautsprecheranlagen in Gebetshäusern verbieten (Juni 2011). Die angefügten Erläuterungen führten aus, dass Israels Bürger täglich unter dem Lärm der Lautsprecheranlagen zu leiden hätten, die den Ruf des Muezzins aus den Moscheen übertragen. Der Gesetzesvorschlag stand, laut seiner Erklärungen, für eine Weltanschauung, in der „die Freiheit der Religionsausübung nicht die Lebensqualität beeinträchtigen dürfe“. Die oben genannten Loyalitätsgesetze, der Grundgesetzvorschlag zu Israel als nationaler Heimat des jüdischen Volkes und der Muezzin-Vorschlag illustrieren beispielhaft Versuche, die arabischen Israelis auszuschließen. Diese bedenklichen, fremdenfeindlichen Vorschläge werden höchstwahrscheinlich nie als Gesetze verabschiedet werden, aber sie belasten die sowieso schon angespannten Beziehungen zwischen Arabern und Juden.

Die Intoleranz speziell gegenüber arabischen Staatsbürgern zeigt sich besonders stark in der Geschichtsschreibung, vor allem im Falle der *Nakba* (arabisch: Katastrophe)

auf der einen Seite und Israels Unabhängigkeitskrieg auf der anderen. Das *Nakba*-Narrativ stellt eine besondere Herausforderung für den jüdischen Staat und seine Öffentlichkeit dar, da es die Gründung Israels als die Ursache der palästinensischen Katastrophe sieht. Eine Ergänzung zum „Gesetz zu den Grundlagen des Haushalts“, die im März 2011 von der Knesset verabschiedet wurde, ermächtigt das Finanzministerium, die staatliche Förderung für Organisationen zu kürzen, die den Tag der Gründung Israels als „Tag der Trauer“ begehen oder die Israel nicht als jüdischen und demokratischen Staat anerkennen. Dieses Gesetz, allgemein „*Nakba*-Gesetz“ genannt, soll den angehängten Erläuterungen zufolge dazu dienen, den Staat mit Instrumenten auszustatten, die ihn befähigen, seine Grundlagen zu verteidigen. Auf der anderen Seite besteht die große Gefahr, dass das Gesetz missbraucht werden könnte, um diejenigen zu verurteilen und zu bestrafen, die kritische Ansichten vertreten. Und obwohl einige Juden die historische Faktizität des Gegen-Narratives bezweifeln und die meisten anderen sich einfach unwohl damit fühlen, ist die *Nakba* doch ein sensibler Aspekt der Identität der arabischen Bürger Israels. Ihre Bedeutung wurde auch in einem Gegenantrag zum *Nakba*-Gesetz deutlich, der vom arabischen MK Ahmad Tibi (*Taal*) eingebracht wurde. Die-

ser schlug vor, Organisationen Förderung vorzuenthalten, die die *Nakba* leugnen, um die Anerkennung der nationalen Tragödie der ursprünglichen Einwohner des Landes zu gewährleisten (Juli 2011). Das Präsidium der Knesset wies den Antrag ab, da er die Existenz Israels verleugne.

Der Abschreckungseffekt – Die Eindämmung von Kritik

Das Recht auf freie Meinungsäußerung ist ein Grundpfeiler eines demokratischen Staates. Israel hat eine Tradition der freien Meinungsäußerung und ist ihr verpflichtet, selbst wenn es schwierig und herausfordernd wird. Es existiert auch heute noch eine lebendige Presselandschaft und eine aktive und selbstbewusste Zivilgesellschaft. Der Diskurs ist in Israel im Allgemeinen offen und kritisch, und die Freiheit, gegenläufige Ansichten zu äußern, wird verteidigt, selbst wenn solche Ansichten grundlegende Axiome infrage stellen. Die jüngst eingebrachten Gesetzesvorschläge versuchen jedoch, diesen offenen und kritischen Diskurs einzuschränken, und stellen so, selbst wenn sie blockiert werden, einen Angriff auf das Recht zur freien Meinungsäußerung dar.

Das infame Boykottgesetz

Die Knesset hat im Juli 2011 ein kontroverses Gesetz verabschiedet, das Boykotte verhindern soll, die Israel schaden könnten. Das Gesetz definiert Boykotte als absichtliche Vermeidung von wirtschaftlichen, kulturellen oder akademischen Beziehungen zu einer Person oder Instanz nur aufgrund ihrer/seiner Affinität zu Israel, zu israelischen Institutionen oder zu *einem Gebiet unter israelischer Kontrolle*. Ziel dieses Gesetzes ist, „den Staat Israel insgesamt sowie insbesondere seine Bürger vor akademischen, wirtschaftlichen und anderen Boykotten zu schützen“.

Das Gesetz richtet sich nicht gegen Boykotte per se, es soll z.B. keine Konsumentenboykotte verhindern (wie etwa der „Hüttenkäseboykott“, ein weitverbreiteter Konsumentenboykott, der letzten Sommer in Israel organisiert wurde, um gegen steigende Preise des beliebten heimischen Hüttenkäses zu protestieren). Das Gesetz richtet



Tausende jüdische und arabische Israelis protestieren in Tel Aviv im Oktober 2010 gegen den Gesetzesvorschlag, einen Loyalitätseid für nicht-jüdische Anwärter auf die israelische Staatsbürgerschaft einzuführen. Arabische und jüdische Bürger aller Altersstufen marschieren gemeinsam mit Schildern, auf denen steht „Gemeinsam müssen wir die Demokratie verteidigen“ und „Juden und Araber weigern sich, Feinde zu sein“.

Foto: Oren Ziv/Activestills

sich in erster Linie gegen Boykotte, die von Israelis als Maßnahme gegen die Besetzung initiiert werden – Boykotte israelischer akademischer Institutionen in den besetzten Gebieten, Boykotte dort produzierter Waren oder die öffentliche Weigerung von Künstlern, im Kulturzentrum der Siedlung Ariel in der West Bank aufzutreten.

Internationale Kampagnen gegen Israel und seine Politik gibt es reichlich, und insbesondere die Aufrufe zu Boykotten werden als wirtschaftliche Bedrohung mit politischen Auswirkungen betrachtet. Das Boykottgesetz kann sich nicht gegen ausländische Boykotte richten; es richtet sich gegen Israelis, die zu Boykotten aufrufen, um gegen bestimmte staatliche Vorgehensweisen zu protestieren. Verfechter des Gesetzes sehen Boykotte vor allem in den besetzten Gebieten als illegitim und sogar undemokratisch an: Sie werden als aggressive Handlungen gesehen, die bestimmte Sichtweisen delegitimieren (etwa der boykottierten Instanz) und zu wirtschaftlichem Schaden führen könnten. Politische Aktivisten, die Boykotte unterstützen, sehen sie wiederum als gewaltloses und legitimes Mittel zivilen politischen Handelns an.

Beschränkung von öffentlichen Debatten

Die Zivilgesellschaft ist ein grundlegender Bestandteil einer Demokratie, die den öffentlichen Raum mit einer Vielfalt an Meinungen und Aktivitäten belebt, und Pluralität, soziale, wirtschaftliche und ökologische Gerechtigkeit sowie Grund- und Menschenrechte fördert. In Israel haben sich zudem viele Nichtregierungsorganisationen diesen Zielen verschrieben, sie tragen zu einer lebendigen und offenen Zivilgesellschaft des Landes bei.

Kürzlich eingebrachte Gesetzesvorschläge versuchen, diese lebendige öffentliche Sphäre zum Schweigen zu bringen und nehmen regierungskritische Organisationen ins Visier. Sie schlagen eine Begrenzung von Spenden ausländischer Regierungen und internationaler Organisationen (z.B. EU oder VN) an in Israel arbeitende Nichtregierungsorganisationen vor, da diese externen Instanzen in Verdacht stehen, die innenpolitische Debatte in Israel zu beeinflussen. Eine Gesetzesvorlage unterscheidet zwischen

nicht-politischen Organisationen, die nicht betroffen sein sollen und politischen. „Extreme“ politische Organisationen (die zum Beispiel Wehrdienstverweigerer unterstützen) sollen gar keine Spenden erhalten dürfen, während ausländische Spenden an andere, moderatere politische Organisationen besteuert werden sollen (45%), es sei denn, sie beantragen erfolgreich bei der Knesset die Aufhebung der Besteuerung.

Zivilgesellschaftliche Organisationen erhalten einen großen Teil ihrer Gelder aus dem Ausland. Das Gesetz zielt auf politische Organisationen ab und trägt deshalb dazu bei, Kritik an der Regierungspolitik einzuschränken. Die Regierung hat den gemeinsamen Gesetzesvorschlag (November 2011) unterstützt, doch das Gesetzgebungsverfahren scheint derzeit aufgrund der starken Kritik eingefroren zu sein.

Die Beschneidung gerichtlicher Kritik

In einer Demokratie sorgt die Gewaltenteilung für gegenseitige Kontrolle und beugt so dem Machtmissbrauch vor. Die Judikative nimmt dementsprechend eine weitere Schlüsselposition ein als demokratischer Akteur, der zivile und gesellschaftliche Rechte schützt. Im parlamentarischen System Israels sind die Legislative und die Exekutive (Knesset und Regierung) miteinander verflochten, weshalb der Judikative (Oberstes Gericht) als Verteidigerin der Demokratie große Bedeutung zukommt.

Versuche der Legislative, Kritik an der Regierung einzuschränken, machen auch vor dem Obersten Gericht nicht Halt. Öffentliche Kritik am Obersten Gericht von MKs aus dem rechten Flügel greifen seinen Status und seine Autorität aus politischen Gründen an. Die Kritik bezieht sich auf die Rechtsprechung des Verfassungsgerichts und die Zusammensetzung der Richterschaft des Obersten Gerichts, der nachgesagt wird, dass sie ihre eigene, extrem liberale Agenda verfolge. Minister Daniel Hershkowitz (*HaBeit HaYehudi*) wurde im Zuge des gescheiterten Gesetzentwurfes zur Beschränkung der Berufung vor dem Obersten Gericht mit den Worten „das Problem ist nicht, wer vor das Oberste Gericht kommt, sondern die Zusammensetzung der Richter“ (YNet, 27. November 2011) zitiert.

Überraschende Regierungsbildung und große Koalition

Die höchstrichterliche Entscheidung zur Verfassungswidrigkeit des Gesetzes, das Vollzeit-*Yeshiva*-Schülern erlaubte, ihren Militärdienst zu verschieben und zu vermeiden, hat Netanyahus sonst stabile Koalition erschüttert (Februar 2012). Die ultraorthodoxen Parteien (*Shas*, *Yahadut HaTora*) wollten nicht in der Koalition bleiben, wenn die Regierung ein Gesetz vorlegen würde, das die Ultra-Orthodoxen zum Militärdienst verpflichtet. Säkulare Koalitionspartner (hauptsächlich *Yisrael Beiteinu*) wollten ein neues Gesetz, das die Ungleichheit im Militärdienst fortschreibt, nicht unterstützen. Vor diesem Hintergrund beschloss die Knesset Anfang Mai 2012, zu Anfang ihrer Sommer-Sitzungsperiode, die nächsten Wahlen, die eigentlich im November 2013 stattfinden sollten, vorzuverlegen. Nachdem die Knesset das Verfahren zur Vorverlegung der Wahlen in die Wege geleitet hatte, ließ Netanyahu eine „politische Atombombe“ platzen, indem er die *Kadima*, jetzt geführt von Mofaz, in die Koalition aufnahm. Diese Regierungsvereinigung ermöglicht es Netanyahu, seine Politik bis zu den nächsten Wahlen fortzusetzen, die wie geplant im November 2013 stattfinden sollen. Der riesigen Koalition mit 94 von 120 Sitzen steht nun eine magere Opposition gegenüber unter Führung von *HaAvoda*. In der großen Koalition können die religiösen Parteien nicht mehr mit ihrem Rückzug aus der Koalition drohen; die Koalition ist so groß, dass sie auch ohne sie Bestand hätte. Es bleibt abzuwarten, wie dieses neue Machtgefüge mit so heiklen Themen wie dem Militärdienst für Orthodoxe umgehen wird und wie die Knesset sich weiter verhalten wird.

Da die Zusammensetzung des Gerichts als problematisch gilt, versuchen Gesetzesvorschläge in jüngster Zeit, diese zu beeinflussen. Kritiker behaupten, dass diese Gesetzesvorschläge personenbezogen sind, um bestimmte Richter ins Amt zu bringen und um angebliche links-liberale Tendenzen auszugleichen. So passierte ein Gesetzesvorschlag das Gesetzgebungsverfahren (Januar 2012), der die Mindestamtszeit des Präsidenten des Obersten Gerichts neu regelte. Ziel war in erster Linie, es dem konservativen Richter Asher Grunis, einem Gegner eines zu regen Gebrauchs des richterlichen Überprüfungsrechts, zu ermöglichen, im folgenden Monat die Präsidentschaft anzutreten. Eine zweite Gesetzesinitiative sollte die Zusammensetzung der richterlichen Auswahlkommission ändern, um den Pro-Siedler Richter Solberg in den Höchsten Gerichtshof berufen zu können (die Kommission berief dann Richter Solberg noch bevor der Gesetzesvorschlag die Legislative passiert hatte). Versuche, die Zusammensetzung des Höchsten Gerichts zu beeinflussen sind höchst bedenklich und zeugen von einem aggressiven legislativen Gebaren.

Ein aggressiver Wind weht von der Legislative

Das Hauptproblem dieser Lawine von Gesetzesvorschlägen, abgesehen von ihren fragwürdigen Inhalten, ist ihre enorme Anzahl. Das erweckt den Anschein, dass die aktuell amtierenden MKs geradezu wetteifern, zu demonstrieren, wie sehr sie nationalkonservative populistische Positionen unterstützen. Dabei stecken nur eine Handvoll MKs, zumeist vom *Likud* und *Yisrael Beitenu*, hinter den meisten dieser Gesetzesvorschläge. Und beide sind eigentlich keine extremen Parteien, sondern Mehrheitsparteien, die zusammen 35% der Knesset ausmachen. Hinzu kommen einige MKs von anderen, rechtsgerichteten Parteien und von *Kadima*, einer, nach eigener Definition, zentristischen Partei, die im Mai 2012 überraschenderweise der Regierungskoalition beigetreten ist, nachdem sie vorher die Opposition angeführt hatte.

Dieser gesetzgeberische Aktivismus ist zum größten Teil reiner Populismus und ein Buhlen um die rechtsgerichtete Wählerschaft. Sie ist ein Musterbeispiel für eine zentrale Sorge in einem demokratischen Regime:

die Tyrannei der Mehrheit, die ihre Macht nutzt, um die Rechte politischer oder ethnischer Minderheiten zu beschränken. Die Hauptadressaten dieser Gesetzeslawine – das Oberste Gericht, der öffentliche Diskurs und die Zivilgesellschaft – sind allesamt wichtige Instanzen, die der kritischen Beurteilung der Regierung und ihrer Politik dienen. Allgemein geht man davon aus, dass die meisten Journalisten politisch eher links-liberal orientiert sind; dem Obersten Gericht wird ebenso eine linke Agenda unterstellt.⁵ Während Kritiker diese fragwürdige Gesetzgebung als Tyrannei der Mehrheit bezeichnen, betrachtet es das nationale Lager als notwendige Maßnahmen gegen die Tyrannei der (ideologischen) *Minderheit*. Die Judikative beispielsweise ist nicht zufällig zur Zielscheibe geworden: Als nicht-gewählte Entität wird sie als Vertreter der Meinung einer Minderheit und als Förderer einer anti-nationalen Agenda angesehen; die Presse steht unter ähnlichem Verdacht (Moshe Feiglin, *Likud*, NRG, 27. November 2011). Nach dieser Sichtweise ist es der Rechten erlaubt, ihre durch Wahlen legitimierte Macht dafür einzusetzen, mit solcher Gesetzgebung die Tyrannei der Minderheit zu korrigieren.

Einige MKs und Beobachter, sowohl von der Rechten als auch der Linken, heben durchaus den Schaden hervor, den diese Gesetze Israels internationalem Ansehen zufügen sowie ihr Potenzial, Israel zu delegitimieren. So hat etwa die US-Außenministerin Hillary Clinton große Besorgnis über das Ausmaß antidemokratischer Gesetzgebung geäußert, und die Hohe Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, Catherine Ashton, zeigte sich ebenfalls besorgt über die negativen Auswirkungen des Boykott-Gesetzes auf das Recht der israelischen Bürger und Organisationen, frei gewaltlose politische Meinungen zu äußern. Zudem sollen europäische Botschaften in Israel ein vertrauliches Arbeitspapier verfasst haben, das der EU empfiehlt, Anliegen arabischer Israelis und ihre Rechte zukünftig gleichrangig mit dem israelisch-palästinensischen Konflikt als zentrales Thema ihrer Beziehung mit Israel zu behandeln (Haaretz, 16. Dezember 2011).

Der aggressive Wind, der von der Legislative her weht, ist schlecht für das Image Israels, doch der größte Schaden entsteht der israelischen Gesellschaft selbst. Die Betonung des Schadens für den internationalen Status Israels übersieht den wesentlich beunruhi-



Der Konflikt zwischen jüdischen und arabischen Israelis ist überall präsent: durchgestrichene arabische Bezeichnung auf einem Straßenverkehrsschild.

Foto: HSFK/Melamud

genderen nationalen und gesellschaftlichen Schaden, der durch eine solche Gesetzgebung verursacht wird. Einige Wissenschaftler haben bereits ihre Besorgnis über einen allgemeinen Schwund des Respekts für Menschenrechte geäußert (The Marker, 28. September 2011). Sie verweisen auf den Anstieg von Angriffen auf und Drohungen gegen bekannte Menschenrechts- und Friedensaktivisten, auf den Brief von Rabbinern im Dezember 2010, der ein religiöses Dekret gegen die Vermietung oder den Verkauf von Wohnungen an Nicht-Juden innerhalb Israels aussprach und auf die extrem umstrittenen und gewalttätigen „Preisschild“-Strategien.⁶ Zivilgesellschaftliche Organisationen haben sich mit Organisationen und Aktivisten solidarisch erklärt, die bedroht wurden, um zum Schweigen gebracht zu werden. Sie sehen die Gesetzgebung gegen zivilgesellschaftliche Organisationen als parlamentarische Hetzkampagne und haben die Vermutung geäußert, dass Akte der Intoleranz nicht so gewalttätig ausfallen würden ohne die taktische Unterstützung der Regierung für Aktivitäten, die Menschenrechtsorganisationen delegitimieren (8. November 2011).

Absolute Priorität für die israelische Demokratie

Demokratische Freiheiten laufen immer Gefahr, mit anderen gesellschaftlichen Interessen in Konflikt zu geraten. Solche inner-

demokratischen Konflikte sind keineswegs auf Israel beschränkt, doch es scheint, dass Israels Charakter und seine besondere Situation die Spannungen ins Extrem getrieben haben. Die Spannung zwischen Sicherheitsbedenken und der Notwendigkeit der Verteidigung von Menschenrechten ist in Israel besonders akut. Ein aktuelles Beispiel für Sicherheitsbedenken, die über Zivilrechte triumphieren, ist die Abweisung einer Klage gegen die Rechtmäßigkeit eines Zusatzes im Staatsbürgerschaftsgesetz, der die Familienvereinigung zwischen Israelis und Palästinensern aus den besetzten Gebieten aufgrund von Sicherheitsbedenken verbietet. Das Oberste Gericht wies zwei Revisionen (zuletzt im Januar 2012) mit der Begründung ab, dass die Regelung einem temporären Sicherheitserfordernis dient, selbst wenn es die Grundrechte von israelischen Staatsbürgern, zumeist arabischen Israelis, die familiäre Bindungen mit Palästinensern in den besetzten Gebieten haben, einschränkt. In seiner Begründung argumentierte Richter Grunis, dass „Menschenrechte nationalem Selbstmord nicht Tür und Tor öffnen dürfen“; MK Atniel Shneler (*Kadima*) begrüßte die Entscheidung und die Präferenz des Gerichtes für die „Rechte der Allgemeinheit vor denen des Einzelnen“ (Haaretz, 11. Januar 2012).

Langfristige politische Prozesse, vor allem der Zerfall des linken Parteienspektrums und die anschließende Verlagerung zur Rechten, sowie die wachsende Frustration aufgrund der sicherheitspolitischen Situation haben der Einschränkung von Grund- und Menschenrechten sowie dieser Gesetzgebungslawine den Boden bereitet. Der bekannte jüdisch-israelische Intellektuelle

Yeshayahu Leibowitz prophezeite bereits 1968 die Folgen der Besatzung für die innenpolitische Atmosphäre in Israel: „Ein Staat, der eine feindliche Bevölkerungsgruppe kontrolliert (...) wird zwangsläufig zu einem *Shin Bet*- [Israelischer Sicherheitsdienst] Staat, mit allem, was damit einhergeht, wie Einfluss auf die Bildung, die Gedanken- und Redefreiheit und das demokratische Regime“. Leibowitzs Worte sind heute erschreckend aktuell und können möglicherweise dazu beitragen, die Wurzeln der hier vorgestellten Gesetzgebungswelle und des Extremismus zu erklären. Die Ursachen der Erosion der israelischen Demokratie liegen unzweifelhaft in der andauernden Besatzung und der fehlenden Verhandlungslösung für den israelisch-palästinensischen Konflikt, die verständlicherweise auch die arabisch-jüdischen Beziehungen in Israel belasten.

Einige der hier beschriebenen Gesetzesvorschläge sind ausgesetzt worden; dies kann als ein Erfolg der israelischen Demokratie gesehen werden. Viele dieser Vorschläge sind nicht mehr als „Gesetzeserklärungen“, die nie wirklich Gesetze werden sollen. Aber mit diesen „Erklärungen“ gelingt es den MKs, Aufmerksamkeit zu erregen. Denn diese extremen, populistischen und mitunter ziemlich merkwürdigen Vorschläge werden viel beachtet in der Presse, wenn sie auch wenig Chancen haben, die Legislative erfolgreich zu passieren. Stattdessen blockieren sie die Legislative und verhindern, dass diese sich gründlich mit sinnvollen und wichtigen Vorschlägen befassen kann. Es wird sich zeigen, ob unter der neuen großen Koalition (siehe Randspalte S. 5), die 94 der 120 Sitze (!) innehat; diese Lawine noch weiter an Kraft gewinnt. Diese Befürchtung ist nicht

Anmerkungen

- 1 Der gängige Begriff der arabischen Israelis bezieht sich auf palästinensische Araber, die israelische Staatsbürger sind (historisch diejenigen, die sich nach Ende des Unabhängigkeitskrieges 1948 auf israelischem Staatsgebiet befanden), im Gegensatz zu den Palästinensern in den besetzten Gebieten, die keine israelischen Staatsbürger sind. Arabische Israelis, das heißt die palästinensischen Staatsbürger Israels (auf den Gebieten innerhalb der Grünen Linie) machen derzeit ca. 20% der Bevölkerung aus.
- 2 Sammy Smooha, *Index of Arab-Jewish Relations in Israel 2003-2009* (The Jewish-Arab Center, University of Haifa, December 2010).
- 3 Im Oktober 2000 wurden 12 arabische Israelis sowie ein Palästinenser getötet und ein jüdischer Passant durch Steinwürfe getötet. Hunderte arabische Israelis wurden verletzt und festgenommen.
- 4 Die offizielle Sprachpolitik in Israel ist vage. Ein Gesetz aus Zeiten des britischen Mandats für Palästina verlangt, dass jede offizielle Veröffentlichung in Englisch, Arabisch und Hebräisch gemacht wird. Das impliziert, dass alle drei in Palästina unter britischem Mandat offizielle Sprachen waren. Bei der Gründung Israels wurde entschieden, dass das Mandatsgesetz so lange in Kraft bleiben soll, wie keine anderslautenden Gesetze vom Staat verabschiedet werden. Der offizielle Status des Englischen wurde bald aufgehoben, doch der des Arabischen wurde nie explizit geändert.
- 5 Die Medien und das Oberste Gericht werden natürlich auf von der „anderen Seite“ kritisiert – es wird behauptet, dass die israelischen Medien, besonders in Kriegs- und Krisenzeiten, „eingezogen“ werden und alles andere als investigativ und liberal sind. Der Slogan „still, Schüsse“ ist ein gängiges Bild für das Verhalten der Presse zu Zeiten von sicherheitsrelevanten Ereignissen in Israel (die Presse soll in solchen Zeiten nicht für Unruhe sorgen). Kritik ist auch am Obersten Gericht geäußert worden. Es wurde behauptet, dass seine linken Neigungen eine Chimäre seien und es fast immer die Position der Sicherheitskräfte annimmt, selbst auf Kosten von Menschenrechtsverletzungen (der Menschenrechtsanwalt Michael Sfarad wurde mit dem Vorwurf zitiert, dass das Oberste Gericht zu Unrecht als einer der Verfechter palästinensischer Rechte angesehen wird, ja es fungiere vielmehr als eine der Säulen der Besatzung).
- 6 Preisschildstrategien sind illegale und gewalttätige Aktionen, die von Siedlern gegen Palästinenser in den besetzten Gebieten verübt werden. Die Siedler lassen die Palästinenser für jede von der israelischen Armee zerstörte illegale jüdische Siedlung „bezahlen“.

Strategie der Verdrängung

Eine Umfrage des Index of Arab Jewish Relations von 2009 zeigt, dass im Falle der Unvereinbarkeit des demokratischen und des jüdischen Charakters des Staates 67,1% der Juden den jüdischen Charakter bevorzugen würden. 78,8% der Juden stimmten der Aussage zu, dass arabische Staatsbürger das Recht haben, im Land als eine Minderheit mit vollen Bürgerrechten zu leben; doch nur 31,5% waren der Meinung, dass arabische Bürger das Recht haben sollten, in jedem Gebiet Land zu kaufen (Sammy Smooha, *Index of Arab-Jewish Relations 2003-2009*). Dies ist exemplarisch für die Tatsache, dass vielen Juden im Allgemeinen nicht bewusst ist, warum und in welchem Ausmaß der jüdische Charakter des Staates für arabische Israelis problematisch ist (und das nicht nur im Sinne von Identifikation und Gefühl, sondern auch aus praktischen Gründen).

abwegig. Wie die Regierung und vor allem die MKs die verbleibenden anderthalb Jahre nutzen werden bis zu den nächsten Wahlen, wird man sehen müssen, aber die Befürchtung wächst, dass die extrem rechte Agenda weiter an Bedeutung gewinnen wird.

Doch der entstandene Schaden könnte bereits hoch genug sein. Jeder Versuch, Kritik einzuschränken und die Staatsbürgerschaft arabischer Israelis infrage zu stellen, ist an sich schon schädlich, legt einen allgemeinen Mangel an Verständnis für die Bedeutung von Zivilrechten in einer demokratischen Gesellschaft offen und hetzt die öffentliche Atmosphäre und den öffentlichen Diskurs auf. Solche Gesetzesinitiativen präsentieren in der deutlichsten Form das Paradox der „wehrhaften Demokratie“ – ein Konzept, das sofort mit Israel assoziiert wird –, demzufolge eine demokratische Gesellschaft manchmal demokratische Rechte und Freiheiten beschränken muss, um sich zu schützen. Aber geht es Israel wirklich um die Verteidigung seiner Demokratie oder vielmehr um die Verteidigung seines jüdischen Charakters? Die Flut von Gesetzesvorschlägen, die demokratische Grundrechte angreift, untergräbt die demokratische Basis des Landes. Die Idee, dass die Einschränkung von Bürgerrechten in Kriegszeiten akzeptabel sein kann (*inter arma enim silent leges*), ist in Israel zum Normalzustand geworden. Anstatt zum Äußersten zu greifen, sollte die Aufmerksamkeit darauf gerichtet sein, die arabische Minderheit zu integrieren und die Gesetze und Praktiken zu ändern, die Araber ausschließen. Diese Gesetzeslawine und die in Israel offensichtliche allgemeine Into-

leranz sind ein Symptom von Israels erbitertem Kampf um die Erhaltung seiner spezifischen Identität, die selbst eine Wurzel von Kontroversen ist. Unbenommen der Schwierigkeiten, denen Israel ausgesetzt ist, und des kontinuierlichen internen Diskurs um die Natur und den Charakter Israels, könnte der aggressive Wind, der von der Legislative her weht, die Unversehrtheit der fragilen israelischen Demokratie gefährden.

Die Debatte darüber, ob Israel weiterhin als jüdischer *und* demokratischer Staat existieren kann und soll, oder ob sich diese Aspekte zwangsläufig widersprechen, wenn es um die Definition des Staates geht, hält seit mehreren Jahrzehnten an. Die duale Definition wird in absehbarer Zeit nicht geändert werden. Solange sie aber aufrecht erhalten wird, muss Israel legislativen Populismus vermeiden und sicherstellen, dass die Demokratie geschützt wird; der Staat muss sein Mandat erfüllen und „die Entwicklung des Landes

zugunsten all seiner Bürger fördern“, wie in seiner Unabhängigkeitserklärung niedergelegt ist. Das fragile Gleichgewicht der Ko-Existenz in Israel hängt davon ab, dass beide Aspekte der Definition des Staates gleichwertig gewahrt werden und dass vielleicht dem demokratischen Aspekt in zweifelhaften Fällen Vorrang eingeräumt wird.



Aviv Melamud ist wissenschaftliche Mitarbeiterin im Programmbereich „Sicherheits- und Weltordnungspolitik von Staaten“ an der HSFK. Sie beschäftigt sich unter anderem mit Rüstungskontrolle und dem Nahen Osten.

HSFK-Standpunkte

erscheinen mindestens sechsmal im Jahr mit aktuellen Thesen zur Friedens- und Sicherheitspolitik. Sie setzen den Informationsdienst der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung fort, der früher unter dem Titel „Friedensforschung aktuell“ herausgegeben wurde.

Die HSFK, 1970 als unabhängige Stiftung vom Land Hessen gegründet und seit 2009 Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft, arbeitet mit rund 45 wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in vier Programmbereichen zu den Themen: „Sicherheits- und Weltordnungspolitik von Staaten“, „Internationale Organisationen und Völkerrecht“, „Private Akteure im transnationalen Raum“ sowie zu „Herrschaft und gesellschaftlicher Frieden“. Außerdem gibt es einen fünften Programmbereich „Information, Beratung und Vermittlung“, zu dem das Projekt „Raketenabwehrforschung International“, der Arbeitsbereich Friedenspädagogik sowie die Institutsbibliothek und die Angebote der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit zählen.

Die Arbeit der HSFK ist darauf gerichtet, die Ursachen gewaltsamer internationaler und innerer Konflikte zu erkennen, die Bedingungen des Friedens als Prozess abnehmender Gewalt und zunehmender Gerechtigkeit zu erforschen sowie den Friedensgedanken zu verbreiten. In ihren Publikationen werden Forschungsergebnisse praxisorientiert in Handlungsoptionen umgesetzt, die Eingang in die öffentliche Debatte finden.

V.i.S.d.P.: Karin Hammer, Redakteurin an der HSFK, Baseler Straße 27-31, 60329 Frankfurt am Main, Telefon (069) 959104-0, Fax (069) 558481, E-Mail: info@hsfk.de, Internet: www.hsfk.de.

Für den Inhalt der Beiträge sind die Autorinnen und Autoren verantwortlich. Ein Nachdruck ist bei Quellenangabe und Zusendung von Belegexemplaren gestattet. Der Bezug der *HSFK-Standpunkte* ist kostenlos, Unkostenbeiträge und Spenden sind jedoch willkommen. Bitte geben Sie Ihre Adresse für die Zuwendungsbestätigung an.

Bankverbindung: Frankfurter Sparkasse, BLZ 500 502 01, Konto 200 123 459

Design: David Hollstein, www.hollstein-design.de · Layout: HSFK · Druck: CARO Druck
ISSN 0945-9332